

\\115\\

**50 Jahre Deutschland**  
**1945 - 1995**

by  
Angelika Moryson

Luglio 1995

Dipartimento di Economia Politica  
Viale Berengario, 51  
41100 Modena (Italia)  
e-mail: MORYSON@MERLINO.UNIMO.IT



I.

Am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl und Admiral von Friedeburg im Auftrag von Grossadmiral Karl Doenitz, dem Nachfolger von Adolf Hitler, die Kapitulationsurkunde im Hauptquartier der Alliierten in Reims.

Die Bilanz dieses Krieges, der fast 6 Jahre dauerte, entzieht sich unserer Vorstellungskraft: mehr als 19 Millionen Soldaten waren in Europa gefallen oder vermisst, 15 Millionen Tote hatte es unter der Zivilbevoelkerung gegeben, und circa 6 Millionen Juden waren in Vernichtungslagern vorsaeztlich und mit grausamer Systematik getoetet worden. Deutschland hatte 6,5 Millionen Menschen verloren, die Sowjetunion sogar 20 Millionen. Von den rund 5 Millionen russischer Kriegsgefangener in deutscher Hand ueberlebten weniger als 2 Millionen.

Zurueck blieb ausser einer schweren Schuld ein von alliierten Bombern verwuestetes Deutschland, in das die Alliierten Amerika, Grossbritannien, Frankreich und Russland als Besatzungsmaechte einzogen.

Einen Monat nach dem Ende der Kampfhandlungen versammelten sich die Siegermaechte in Berlin, um ueber das Schicksal Deutschlands zu beraten. Am 5. Juni wurden die "Berliner Erklaerungen" unterzeichnet, nach denen

1. die Vier Maechte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland uebernahmen,
2. ein Kontrollrat eingesetzt wurde, der die Legislative in Deutschland darstellte und aus den vier Oberbefehlshabern bestand,
3. in Deutschland in seinen Grenzen von 1937 vier Besatzungszonen eingerichtet wurden,
4. die Hauptstadt Berlin in vier Sektoren aufgeteilt und von einer "Alliierten Kommandantur" verwaltet wurde.

Den Deutschen wurde ab sofort jeder Kontakt mit den Besatzungsmaechten verboten (Verbruederungsverbot), jede politische Betaetigung war untersagt. Auf lokaler Ebene wurden deutsche Buergermeister und Polizisten eingesetzt.

Ein zweites Treffen der Alliierten fand in der Residenz der Preussenkoenige auf Schloss Cecilienhof in Potsdam statt. Dort tagten die Staatschefs der USA, Grossbritanniens und der Sowjetunion in der Zeit vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 und berieten ueber Einzelheiten der Nachkriegsordnung in Deutschland. U.a. wurden beschlossen: Gebietsabtrennungen vom Deutschen Reich und die Vertreibung der Deutschen aus den abgetrennten Gebieten im Osten und Suedosten, die Westverschiebung der polnischen Grenze, die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen unter Beibehaltung einer gemeinsamen Verwaltung, die Abruestung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands.

Frankreich wurde nach anfaenglichen Schwierigkeiten Mitglied des Alliierten Kontrollrates und erhielt somit eine eigene Besatzungszone.

Ziel der Alliierten war, Deutschland einen sicheren Weg in eine Demokratie auf einer friedlichen Grundlage zu ermoeeglichen. In den einzelnen Besatzungszonen wurden zu diesem Zweck spaeter Verwaltungseinheiten eingerichtet, an denen die Deutschen unter alliiertes Kontrolle mitarbeiten durften.

So entstanden zu verschiedenen Zeitpunkten die heutigen deutschen Laender: in der britischen Zone wurden die Laender Hamburg, Schleswig - Holstein, Niedersachsen und Nordrhein - Westfalen gebildet. In der amerikanischen Zone entstanden die Laender Hessen, Bayern, Wuerttemberg - Baden und als Stuetzpunkt im Norden Bremen. Frankreich gruendete die Laender Rheinland - Pfalz und Wuerttemberg - Hohenzollern, und im Osten entstanden in der sowjetischen Besatzungszone Brandenburg, Mecklenburg - Vorpommern, Sachsen, Sachsen - Anhalt und Thueringen.

Der Alliierte Kontrollrat hatte beschlossen, mit dieser Neueinteilung Deutschlands den ehemaligen Staat Preussen aufzulösen, der in der Geschichte oft eine umstrittene Rolle gespielt hatte: Militarismus, Obrigkeitstreue, Beamtenwillkür sollten für immer aus dem Nachkriegsdeutschland verbannt bleiben.

Bei Kriegsende befanden sich östlich der Flüsse Oder und Neisse noch ca. 5,6 Millionen Deutsche auf deutschen Gebieten. Viele waren bereits im Jahr zuvor in den Westen geflohen oder über die Ostsee nach Schleswig - Holstein und Dänemark gebracht worden. Nach der Potsdamer Konferenz begann jedoch die Vertreibung der Deutschen aus den annektierten Gebieten: es gehörte zur Tradition der Sieger, die eroberten Gebiete von nationalen Minderheiten säubern und unerwünschte Minoritäten abschieben zu dürfen. Obwohl sich diese Ausweisungen auf Abkommen stützten, verliefen sie alles andere als geregelt. Die betroffenen Menschen verloren über Nacht ihren Besitz, mussten ihre Häuser und ihre Heimat verlassen und wurden unter unwürdigen Bedingungen in den Westen vertrieben. Bei der Flucht und Vertreibung kamen ca. 2 Millionen Menschen ums Leben. Die Zuwanderung der Vertriebenen und Flüchtlinge nach Deutschland hielt bis 1947 an. Eine Volkszählung 1950 ergab, dass sich zu diesem Zeitpunkt ungefähr 8 Millionen Vertriebene auf dem Gebiet der BRD und ca. 3,6 Millionen in der DDR aufhielten. Die Integration dieser Menschen in die neue Heimat verlief zwar verhältnismäßig gut, war aber nicht ohne Probleme. Vielfach sprachen sie für westliche Ohren unverständliche Dialekte, was ihnen das Einleben natürlich sehr erschwerte. Vor allem aber kamen sie mit wenigen Habseligkeiten und trafen auf eine hungernde Bevölkerung, die nicht ohne weiteres zum Teilen bereit war.

Die Erträge der Landwirtschaft waren im Krieg erheblich gesunken. Zudem hatten die Siegermächte beschlossen, die Deutschen für das Leid, das sie Millionen von Menschen angetan hatten, büßen zu lassen: folglich wurden die Lebensmittelrationen stark gekürzt.

Deutschlands Industrien wurden demontiert, die Rüstungsindustrie verschwand vollkommen. Die durch diese Massnahmen arbeitslos gewordenen Menschen wurden zu Hilfs- und Aufräumungsarbeiten herangezogen. In den Schuttgebieten der zerstörten Städte arbeiteten sie neben den "Trümmerfrauen", die bei schmalen Rationen tägliche Schwerarbeit leisteten.

Im Zuge der in der Potsdamer Konferenz vorgesehenen Entnazifizierung drangen die Alliierten darauf, die Verantwortlichen für die unzähligen Kriegsverbrechen und den Völkermord an den Juden vor Gericht zu bringen.

Am 18. Oktober 1945 begann in Nürnberg der erste von insgesamt 13 Prozessen gegen 24 Angeklagte, die der Nazi-Regierung und den Nazi-Organisationen angehört hatten oder sich schwerer Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten.

Von diesen 24 Angeklagten wurden ein knappes Jahr später, am 30.9./ 1.10.1946, zwölf zum Tode verurteilt, sieben bekamen Haftstrafen und andere wurden freigesprochen. Der ehemalige Reichsmarschall Göring wählte den Freitod.

Im Laufe der darauffolgenden Prozesse, die wiederum mit vielen Todesstrafen endeten, verlebte jedoch langsam das Interesse der Alliierten an der Verfolgung der Kriegsverbrecher. Es gab inzwischen dringendere Probleme zu lösen: der Aufbau Deutschlands musste vorangetrieben werden, eine Einigung für die zukünftige deutsche Politik musste gefunden werden, und vor allem war die Sowjetunion im Auge zu behalten, deren Verhältnis zu den Verbündeten immer problematischer wurde.

In wenigen Monaten seit seiner Bildung hatte sich der Alliierte Kontrollrat als eine Fehlkonstruktion erwiesen: er setzte sich aus Staaten zusammen, deren gegensätzliche Gesellschaftsordnungen einander ausschlossen. Die unterschiedlichen Auffassungen des Begriffs "Demokratie" führten sehr bald zum Ende der Freundschaft zwischen der Sowjetunion auf der einen und der USA und Grossbritannien auf der anderen Seite. An eine einheitliche Politik in Deutschland war nicht mehr zu denken. Frankreich war nicht zu einer produktiven Zusammenarbeit bereit, und in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bereitete die "Gruppe Ulbricht" den Aufbau eines stalinistischen Staates vor:

die Industrie wurde sozialisiert und antifaschistische Organisationen sollten den Marxismus - Leninismus populär machen. Im Zuge der Bodenreform wurden Grossgrundbesitzer entschädigungslos enteignet, "aktiven Nazis und Kriegsverbrechern" wurde der Landbesitz genommen. Ein Drittel dieses enteigneten Bodens wurde dem Staat uebergeben, zwei Drittel wurden unter der landarmen Bevoelkerung aufgeteilt.

Im April 1946 kam es zur Vereinigung der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) mit der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) in der sowjetischen Besatzungszone. Die neuentstandene Partei war die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), deren Hauptprogrammpunkt "der demokratische Weg zum Sozialismus" war, und die die einzige Macht in der SBZ wurde.

Auch in Westdeutschland kam es unter der Kontrolle der Alliierten zu Gruendungen von Parteien und Gewerkschaften, die zwar in ihren Auffassungen recht gegensaeztlich waren, aber doch gemeinsam gegen den Kommunismus antraten.

Das unnachgiebige Verhalten der Russen - und nicht nur in der deutschen Frage - verschaerfte den Ost - West - Konflikt. Im Juni 47 kuendigte US - Aussenminister Marshall die Einfuehrung des "European Recovery Program" an: es handelte sich dabei um ein Wiederaufbau - und Hilfsprogramm der USA fuer Europa, einschliesslich Deutschlands, bekannt geworden unter dem Namen "Marshall - Plan". Die Sowjetunion lehnte eine Teilnahme an diesem Programm jedoch entschieden ab, an eine wirtschaftliche Abhaengigkeit von den USA sollte nicht einmal gedacht werden. Folglich konnten weder Osteuropa noch die SBZ in den Marshall - Plan mit einbezogen werden.

Die politische Lage unter den Alliierten spitzte sich entschieden zu, als Marschall Sokolowski im Maerz 1948 den Alliierten Kontrollrat unter Protest verliess: damit war das Ende der Vier - Maechte - Verwaltung Deutschlands erreicht. Der Kalte Krieg begann. Wenige Tage spaeter zeigte die SU, wozu sie imstande war: saemtliche Zugangswege nach Berlin wurden behindert. Den Berlinern war klar, dass sie ein Spielball in den Haenden der Alliierten geworden waren.

## II.

In den letzten Kriegsjahren war der Bedarf an Geld in Deutschland erheblich gestiegen. Folglich hatten die Nationalsozialisten immer mehr Geld drucken lassen, so dass 1945 zwar ungefaehr 300 Milliarden Reichsmark in Umlauf waren, fuer die man jedoch kaum etwas kaufen konnte: Nahrungsmittel und lebensnotwendige Waren waren nur auf Bezugsschein zu erhalten, und viele Ladenbesitzer zogen es vor, ihre Waren auf dem Schwarzen Markt anzubieten oder, auf bessere Zeiten hoffend, zu horten, so dass die Geschaefte praktisch leer waren.

Die Situation der Waehrung war nicht weniger konfus: Gehaelter und Steuern wurden in Reichsmark gezahlt, zwischen den Besatzern und den Deutschen zirkulierte das Besatzungsgeld, das jedoch nicht in RM umgetauscht werden durfte. Auf dem Schwarzen Markt konnte man mit dem Zahlungs - und Tauschmittel Zigaretten fast alles erstehen.

Dieser Zustand wurde durch die Waehrungsreform radikal geaendert: von einem Tag auf den anderen wurden die "Amis" als Tauschmittel abgeschafft, und fremde Waehrungen verloren ihren Wert.

Am Montag, den 21.6.48, wurde die Reichsmark durch die Deutsche Mark ersetzt.

Private Verbindlichkeiten und Spar - und Bankguthaben wurden im Verhaeltnis 10 RM zu 1 DM abgewertet, Lohne und Renten im Verhaeltnis 1 RM zu 1 DM berechnet, und jeder Deutsche erhielt eine erste "Kopfquote" von 40 DM. (Eine zweite Kopfquote von 20 DM gab es im September). Danach wechselte man im Verhaeltnis 100 RM zu 6,50 DM. Die Waehrungsreform, eine Demonstration organisatorischer Faehigkeiten, aenderte schlagartig auch das Bild in den Laeden: ploetzlich gab es wieder alles zu kaufen.

Fuer Deutschland war die Waehrungsreform nicht nur ein Zeichen der Hoffnung auf einen Neuanfang, sondern der Schwenk zur kapitalistischen Wirtschafts - und Gesellschaftsordnung. Die

Planwirtschaft wurde durch eine soziale Marktwirtschaft ersetzt. Der Verantwortliche fuer diese Wende war der damalige Wirtschaftsminister fuer das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Ludwig Erhard. Er hatte sich ueber viele Bedenken hinweggesetzt und machte sich nun daran, Lebensmittelrationierung, Bezugscheinwesen und Preisbindung abzuschaffen. Von diesen Massnahmen ausgenommen waren nur Grundnahrungsmittel, Mieten und Stahl : fuer Zucker gab es bis 1950 Bezugscheine, fuer Kohle sogar bis 1952.

Trotz der sich langsam verbessernden wirtschaftlichen Lage konnten einige Probleme nicht uebersehen werden. Das Wegfallen der Preisbindung verursachte natuerlich einen Anstieg der Preise, dem vor allem die Einkommen der Lohnempfaenger nicht standhielten. Weiterhin wiesen die Gegner der Waehrungsreform auf die steigende Arbeitslosigkeit hin : im Jahre 1950 verzeichnete man immerhin 2.000.000 Arbeitslose. Erhard wurde vorgeworfen, in ein Abenteuer gesprungen zu sein, ohne Kenntnis von der realen Situation des Marktes besessen zu haben. Wie dem auch gewesen sei, die allgemeine Lage verbesserte sich nach anfaenglichen Schwierigkeiten, und tatsaechlich begann fuer Deutschland der langsame Aufstieg zu dem Wirtschaftswunder, an dem Ludwig Erhard gewiss einen grossen Anteil hatte.

Auf die Waehrungsreform in Westdeutschland reagierte die Sowjetunion mit einer eigenen Waehrungsreform in der SBZ. Am 23.6.48 wurde in Ostdeutschland die Ostmark eingefuehrt. Der Versuch, den Geltungsbereich dieser Waehrung auf ganz Berlin auszudehnen, scheiterte jedoch an der strikten Ablehnung von seiten der West - Alliierten.

Der politische Nahkampf um Berlin hatte begonnen und wurde fortgesetzt mit der Wahl in West-Berlin des Buergermeisters fuer Gross - Berlin. Dem gewaehlten Kandidaten wurde prompt ein in Ost - Berlin gewaehlter Buergermeister entgegengesetzt, der ebenfalls von den West - Alliierten nicht anerkannt wurde.

Dieses Tauziehen um Berlin endete vorerst in einem zweiten grossen Ereignis dieses Jahres : am 24.6.48 verhaengte die Sowjetunion eine Totalblockade ueber Berlin. Saemtliche Zufahrtswege nach Berlin wurden blockiert, die Stadt wurde abgeriegelt, die Versorgung unterbrochen, der Strom abgestellt. Immer neue Schikanen erfanden die Russen, um den Berlinern das Leben so schwer wie moeglich zu machen. Aber sie hatten dabei die finanziellen und militaerischen Faehigkeiten der Amerikaner unterschaezt : zwei Tage spaeter richteten die USA auf Veranlassung des US - Militaerbefehlshabers General Lucius Clay eine "Luftbruecke" nach Berlin ein. Die Stadt wurde nun ununterbrochen durch die Luft versorgt, alle notwendigen Gueter wurden eingeflogen. Die Russen versuchten natuerlich, diese Kraftprobe zu unterbinden und blockierten ebenfalls die Flughaeften Berlins. Doch die "Rosinenbomber" warfen ihre Pakete und Saecke in Tieffluegen ueber die Stadt ab. Berlin war wieder einmal Schauplatz grossartiger Demonstrationen geworden : die Luftbruecke sollte erst nach langen Verhandlungen am 12.5. des darauffolgenden Jahres enden. In diesen Monaten fanden insgesamt 277.728 Fluege statt, d.h. in der dichtesten Zeit nahezu 4.000 Starts und Landungen pro Tag. Aber auch 78 Menschen kamen bei dieser Hilfsaktion ums Leben.

Auf Grund seiner geographischen Lage und seiner unmittelbaren Naehe an die russisch besetzte Zone konnte Deutschland nicht neutral bleiben, wie es anfangs von den Alliierten beabsichtigt war. Dadurch waere ein gefaehrliches politisches Vakuum zwischen der SBZ und Frankreich entstanden, wo bis 1947 noch Kommunisten an der Regierung beteiligt gewesen waren. Die westlichen Alliierten setzten sich also in langen Verhandlungen gegen die Bedenken Frankreichs durch und entschlossen, Deutschland eine Staatlichkeit zu gewaehren, es wirtschaftlich zu staerken und aufzuruesten.

Der bereits durch die Aktion "Luftbruecke" beruehmt gewordene Militaerbefehlshaber Lucius Clay rief im Juli 48 die Ministerpraesidenten der militaerisch besetzten Zonen zusammen und uebergab ihnen die drei "Frankfurter Dokumente". In dem ersten Dokument raeumte man den westdeutschen Laendern ein, auf dem von West - Alliierten kontrollierten Gebiet eine Verfassung fuer einen deutschen Staat auszuarbeiten.

Das zweite Dokument empfahl den Ministerpraesidenten, die Laendergrenzen zu ueberpruefen, das dritte sprach von einem Besatzungsstatut, mit dem sich die Alliierten entscheidende Rechte vorbehielten, u.a. das Recht, die Verfassung einzuschaerfen.

Die Ministerpraesidenten berieten im Oktober in Koblenz - Rittersturz ueber die Frankfurter Dokumente und teilten den Alliierten im folgenden ihre Entscheidung mit: bestenfalls seien sie bereit, provisorische Massnahmen zu treffen. In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland ein de facto geteiltes Land sei, koenne nicht von einer "Verfassung" gesprochen werden, da diese die politische Situation des Landes praktisch guthessen wuerde. Der Ausarbeitung eines "Grundgesetzes" staende jedoch nichts im Wege, denn damit gefaehrdete man die momentan nicht erreichte Einheit Deutschlands nicht.

Ausserdem sprachen sich die Ministerpraesidenten gegen eine von den Alliierten vorgeschlagene Nationalversammlung aus und bestanden eher auf einer parlamentarischen Vertretung der Laender.

Unter diesen Bedingungen, die von den Alliierten angenommen wurden, trat am 1.9.48 der Parlamentarische Rat zusammen, der aus 65 Abgeordneten bestand, die von den 11 Landtagen gewaehlt worden waren und die Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, KPD, Zentrum und Deutsche Partei vertraten. Ohne Stimmrecht waren die 5 Vertreter West - Berlins. Den Vorsitz uebernahm der CDU - Abgeordnete Konrad Adenauer.

Die Ausarbeitung des Grundgesetzes nahm mehrere Monate in Anspruch. Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz von dem Parlamentarischen Rat fuer die Bundesrepublik Deutschland angenommen und am 12.5. von den West - Alliierten genehmigt. Dieses Datum verzeichnete ein weiteres Ereignis: nach langen Verhandlungen wurde endlich die Luftbruecke aufgehoben. Die Deutschen hatten sich mit diesem Sieg ueber die Blockade Berlins eindeutig fuer den Westen entschieden.

Mit einer feierlichen Verkuendigung des Grundgesetzes fand am 23. Mai 1949 die Begruendung der Bundesrepublik Deutschland statt. Mit Ausnahme von Bayern, das sich gegen das Grundgesetz ausgesprochen hatte, es jedoch spaeter anerkannte, hatten alle Landtage das Grundgesetz vorher gebilligt.

Als Hauptstadt war Bonn gewaehlt worden, waehrend Berlin - West von den Westmaechten keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden durfte. Dem Grundgesetz wurde eine Praeambel vorangestellt, in der der provisorische Charakter der Bundesrepublik hervorgehoben wurde:

*Praeambel:*

*Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Laendern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein - Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Wuerttemberg-Baden und Wuerttemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben fuer eine Uebergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch fuer jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.*

*Artikel 23:*

*Dieses Grundgesetz gilt zunaechst im Gebiet der Laender Baden, Bayern, Bremen, Gross - Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein - Westfalen, Rheinland - Pfalz, Schleswig Holstein, Wuerttemberg - Baden und Wuerttemberg - Hohenzollern.*

*In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.*

*Artikel 146:*

*Dieses Grundgesetz verliert seine Gueltigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Im selben Jahr, am 7.10.49, erfolgte die Gruendung der Deutschen Demokratischen Republik durch Inkraftsetzung der Verfassung durch die Provisorische Volkskammer. Die Bundesrepublik lehnte diese Regierung ab, da sie nicht aus freien Wahlen hervorgegangen war. Hauptstadt der DDR wurde Ost - Berlin.

### III.

In Westdeutschland, in der soeben gegruendeten Bundesrepublik Deutschland, ging man daran, die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag vorzubereiten. Die zugelassenen Parteien waren CDU/CSU, SPD, FDP, KPD, Bayernpartei, Deutsche Partei. In Bonn konstituierten sich der Bundestag und der Bundesrat. Die Bundesversammlung waelhte den ersten Bundespraesidenten, Theodor Heuss.

So begann die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949, deren Entwicklung sich in Amtsperioden der einzelnen Kanzler einteilen laesst. Der Wille, einen gesunden Staat aufzubauen und die stetigen Bemuehungen um Annaeherung an den zweiten deutschen Staat kennzeichneten die folgenden Jahre.

Konrad Adenauer, Praesident des Parlamentarischen Rates, war gebuertiger Nordrhein-Westfale. Er hatte in den Jahren 1917 - 1933 das Amt des Oberbuergermeisters von Koeln bekleidet und war zur gleichen Zeit preussischer Staatsratsvorsitzender gewesen (1920 - 1933). Fest davon ueberzeugt, eine besondere Eignung fuer das Kanzleramt zu besitzen, liess sich Adenauer trotz seiner 73 Jahre als Kanzlerkandidat der CDU/CSU im September 1949 aufstellen. Nach gewonnener Wahl bildete der erste Bundeskanzler der BRD ein Kabinett aus CDU/CSU, FDP und DP. Seine Amtszeit sollte als eine der laengsten in die Geschichte der BRD eingehen : erst im Jahre 1963 gab Adenauer mit 87 Jahren widerwillig das Amt an seinen Nachfolger Ludwig Erhard ab.

Konrad Adenauer hatte bereits 1945 sehr klare Ideen in Bezug auf die Zukunft des neuen deutschen Staates. Daher bereitete es ihm keine Schwierigkeit, das Amt des Regierungschefs anzutreten : seine Entscheidungen wurden einem ihm ergebenen Mitarbeiterstab mitgeteilt und selbstverstaendlich gebilligt. Sein Gespuer fuer den richtigen Schritt zum richtigen Zeitpunkt und seine eindeutige Zuwendung zum Westen machten diesen Kanzler zu einem wertvollen Verbuedeten fuer die Westalliierten. Adenauers Ziel war ein an Westeuropa orientiertes Deutschland, das wirtschaftlich stark und damit eine staendige Versuchung fuer den Osten sein sollte.

Seine Bemuehungen verzeichneten bereits im November 49 einen ersten Erfolg, als nach langen Verhandlungen mit den Westalliierten in dem "Petersburger Abkommen" nunmehr in der BRD Konsulate eingerichtet, Produktionsbeschraenkungen aufgehoben und Demontagen beendet werden konnten.

Einen weiteren Erfolg durfte er mit dem Beitritt Deutschlands zur NATO verbuchen, als nunmehr souveraeener Staat (1955).

In der Aussenpolitik konzentrierte sich Adenauer auf eine Annaeherung und Aussoehnung mit dem Erzfeind Frankreich. Sein Partner war General Charles de Gaulle. Beide waren davon ueberzeugt, dass die einzelnen Laender nur eine Zukunft in einem gemeinsamen Europa haben konnten und ihre Bemuehungen in diese Richtung gehen mussten. Die Ansichten ueber ein gemeinsames Europa gingen jedoch weit auseinander. Trotzdem wurde die hartnaeckige Arbeit Konrad Adenauers an der Freundschaft mit Frankreich 1963 durch den "Vertrag ueber die deutsch - franzoesische Zusammenarbeit" gekroent.

In der SBZ entwickelte sich seit der Gruendung der DDR ein eigener Staat mit einer fuer die Bevoelkerung erdrueckenden Politik. Mangelnde Versorgung und ausbleibendes Wirtschaftswachstum verursachten wachsende Unzufriedenheit der Buerger der DDR, fuer die der nahe Westen immer verlockender wurde. Es begann also eine langsame Abwanderung der Buerger aus der DDR in den Westen, worauf die Regierung mit staerkerem Druck und Zwang reagierte. Am 17.6.1953 demonstrierten die Ostberliner Arbeiter gegen die Politik der DDR. Innerhalb weniger Stunden breitete sich diese Demonstration auf insgesamt 272 Staedte aus und wurde ein allgemeiner

Volksaufstand. Gefordert wurden der Ruecktritt der Regierung, freie Wahlen, Abschaffung der SBZ. Sowjetische Panzer schlugen diesen Aufstand nieder, der in einem Blutbad endete.

Adenauer liess den Osten einige Tage spaeter wissen, dass der Westen ein Sofortprogramm zur Wiedervereinigung bereit habe und dass bereits Massnahmen fuer die Versorgung der Buerger der SBZ getroffen seien. Die DDR machte daraufhin einige Restriktionen rueckgaengig, warf der BRD jedoch vor, den Volksaufstand mit staendigen Verlockungen angestiftet zu haben. In der BRD wurde der 17. Juni zum "Tag der deutschen Einheit" erklart .

An der Westgrenze mit Frankreich lehnte die Bevoelkerung des Saarlandes den zwischen Frankreich und Deutschland vereinbarten Saar-Statut und die Europaeisierung der Saar ab. Der saarlaendische Landtag erklarte den Beitritt des Landes zum Grundgesetz gemaess Art. 23. Nach dem Saar-Abkommen zwischen Frankreich und der BRD wurde das Saargebiet am 1.1.1957 der BRD eingegliedert.

In der DDR uebernahm nach dem Tode seines Vorgaengers 1960 den Vorsitz des Staatsrates Walter Ulbricht, der fuer einen "Friedensplan" zwischen den beiden deutschen Staaten eintrat. Dieser Plan sah einen Vertrag vor, nach dem die vorhandenen Gesellschaftsordnungen respektiert werden sollten, der West-Berlin in eine freie Stadt umwandeln und eine gesamtdeutsche Konfoederation als Zwischenstufe zu einer spaeteren Wiedervereinigung bilden wollte.

Der Fluechtlingsstrom hielt jedoch trotz aller Versprechungen unvermindert an : in den ersten Augusttagen fluechteten 40.000 Menschen aus der DDR in den Westen (1959 waren es ca. 144.000, 1960 ca. 200.000 und in den Monaten Juni und Juli 1961 ca. 50.000). Die grosse Mehrheit unter ihnen bildeten qualifizierte Fachkraefte, Bauern und junge Leute. Die DDR riskierte, einen grossen Teil ihrer Arbeitskraft zu verlieren. Diese Entwicklung fuehrte zu einer bis zuletzt von Ulbricht in der Oeffentlichkeit geleugneten Verzweiflungstat. In den fruehen Morgenstunden des 13. August wurde die Berliner Bevoelkerung durch ungewoehnlichen Laerm geweckt : Lastwagen fuehren Baumaterial an die Demarkationslinie, wo Volkspolizisten und Panzer ueber den Bau einer Mauer wachten, die West - Berlin endgueltig von Ost - Berlin trennen sollte. Die DDR hatte beschlossen, ihre Buerger einzuschliessen, "um sie vor dem kapitalistischen Feind zu schuetzen".

In den folgenden Jahren wurden die Mauer um Berlin - West und die innerdeutsche Grenze zu einem unueberwindbaren Hindernis, mit Todesstreifen, Hundelaufanlagen, Bodenminen und Selbstschussanlagen versehen. Immer wieder versuchten Menschen , der DDR zu entkommen - einigen gelang die Flucht, viele wurden rechtzeitig entdeckt und wegen Landesverrat verurteilt, andere starben an der Mauer und der Grenze. (1989 waren der BRD etwa 200 Todesopfer bekannt, von denen das letzte ein 18jaehriger Mann war, den die Vopos schwer verwundet zwei Tage lang an der Mauer verbluten liessen).

Bundeskanzler Adenauer besichtigte die Berliner Mauer erst einige Tage spaeter. Ihm war klar, dass diese Entwicklung die Wiedervereinigung um lange Jahre verzoegern wuerde. Sein spaetes Interesse an den Ereignissen in Berlin wurde in Westdeutschland allerdings stark kritisiert. Seine lange Amtszeit, seine Sturheit in politischen Fragen , seine hartnaeckige Weigerung, zugunsten Ludwig Erhards aus dem Amt zu scheiden, brachten dem "Alten" Probleme im Bundestag und offene Kritik in der Bevoelkerung ein.

Als der 87jaehrige 1963 das Bundeskanzleramt an Ludwig Erhard abgab, geschah dies nicht ohne Bitterkeit : Adenauer hielt seinen Nachfolger fuer unfaeig, das Amt zu bekleiden und griff ihn auch in den folgenden Jahren immer wieder durch die Presse an, indem er seine Politik fuer "unmoeglich" erklarte.

Ludwig Erhard, der bisherige Bundeswirtschaftsminister, blieb drei Jahre im Amt. Waehrend seiner Regierungsperiode werden die ersten Passierscheinabkommen getroffen, eine an die oestlichen Laender gerichtete "Friedensnote" wurde aber von diesen zurueckgewiesen.

Georg Kiesinger trat das Amt des Bundeskanzlers 1966 an und öffnete seine Regierung den Sozialdemokraten. Mit der "Grossen Koalition" begann eine Regierung von CDU und SPD. Vorerst gelang dieses Experiment: die Wirtschaft wurde gestärkt, innenpolitische Probleme wurden durch vorbildliche Zusammenarbeit zwischen den beiden grossen Parteien gelöst. Aber wachsende Unruhe in der Bevölkerung über die Notstandsgesetze, den Krieg in Vietnam, den Tod eines Studenten, der bei einer Demonstration von einem Polizisten erschossen wurde, bildeten schwere Prüfsteine für die Grosse Koalition.

Vize-Kanzler und Aussenminister der Regierung war der ehemalige Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der sich während seiner Amtszeit eingehend mit dem Ost-Problem beschäftigte und neue Weichen für eine Verständigung mit der DDR stellte.

Aus den Bundestagswahlen im September 1969 ging die CDU/CSU wieder als stärkste Partei hervor. Die SPD hatte aber 22 Sitze mehr gewonnen als bei den Wahlen 1966. Am gleichen Tag unterbreitete Willy Brandt der dritten Partei, den Freidemokraten (FDP), ein Koalitionsangebot und konnte so als Sieger aus den Wahlen hervorgehen.

Im Oktober 1969 wurde Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Kanzler der BRD gewählt.

Willy Brandt kam 1913 in Luebeck als Kind einer unverheirateten Frau auf die Welt. Sein eigentlicher Name war Herbert Ernst Karl Frahm - den Namen Willy Brandt wählte er später bei seiner Wiedereinbürgerung in Deutschland. Er wuchs bei seinem Grossvater auf, übernahm dessen sozialdemokratische Überzeugungen und war 1933 auf Grund seiner politischen Tätigkeit gezwungen, ins Exil zu gehen. Er wanderte nach Norwegen aus, arbeitete dort als Journalist für skandinavische Zeitungen und schloss sich der Widerstandsbewegung gegen Adolf Hitler an. Erst 1945 wurde er unter neuem Namen wieder eingebürgert, beteiligte sich am Aufbau der SPD in Deutschland und war bereits 1949 Mitglied des Bundestages. Von 1957 bis 1966 bekleidete er das schwierige Amt des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin.

In seiner Regierungserklärung sprach Brandt erstmals von den zwei Staaten einer Nation, erklärte sich zu gleichberechtigten Verhandlungen mit der DDR bereit, lehnte jedoch eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung ab. Er bot wieder Verhandlungen zur Besserung der gegenseitigen Verhältnisse an.

Im folgenden Jahr unterzeichnete Brandt in Moskau den Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland.

Auszug:

*Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. August 1970*

*Art. 1*

*Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.*

*Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europaischen Staaten zu foerdern, und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.*

*Art. 2*

*Die BRD und die UdSSR werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewaehrleistung der europaischen und der internationalen Sicherheit von den Zielen und den Grundsuetzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen. Demgemaess werden sie ihre Streitfragen ausschliesslich mit friedlichen Mitteln loesen und uebernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit beruehren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen gemaess Art.2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.*

*Art. 3*

*In Uebereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die BRD und die UdSSR in der Erkenntnis ueberein, dass der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwaertigen Grenzen antastet.*

- Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;
- sie erklären, dass sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;
- sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschliesslich der Oder-Neisse-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der BRD und der DDR.<sup>4</sup>

*Geschehen zu Moskau*

*am 12. August 1970 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist.*

*Für die BRD  
Willy Brandt / Walter Scheel*

*Für die UdSSR  
Alexej Kossygin / Andrej Gromyko*

Ein weiterer Vertrag ähnlichen Wortlautes wurde wenige Monate später mit Polen unterzeichnet. 1971 wurde nach 19 Jahren der Telefonverkehr zwischen West- und Ostberlin wieder aufgenommen, Postvereinbarungen zwischen der BRD und der DDR wurden getroffen.

Für seine unbeirrte Arbeit an der Entspannungs- und Ostpolitik erhielt Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis.

Ein Transit-Abkommen erleichterte den Westberlinern den Reiseverkehr mit der DDR : kleine Erfolge für die Bevölkerung, während die Regierung sich einer grossen Aufgabe widmete - der Ausarbeitung eines Vertrages mit der DDR, der Ende 1972 unterzeichnet wurde.

### Grundlagenvertrag

*Auszug*

*Die Hohen Vertragschliessenden Seiten sind wie folgt übereingekommen:*

*Art. 1*

*Die BRD und die DDR entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.*

*Art. 2*

*Die BRD und die DDR werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.*

*Art. 3*

*Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die BRD und die DDR ihre Streitfragen ausschliesslich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.*

*Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.*

*Art. 4*

*Die BRD und die DDR gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.*

*Art. 5*

*Die BRD und die DDR werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen.*

*Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne dass dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen.*

*Die BRD und die DDR werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um*

*Ruestungsbegrenzung und Abruestung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstuetzen.*

*Art.6*

*Die BRD und die DDR gehen von dem Grundsatz aus, dass die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschraenkt. Sie respektieren die Unabhaengigkeit und Selbststaendigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und aeusseren Angelegenheiten.*

*Art.7*

*Die BRD und die DDR erklaren ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitaere Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schliessen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu foerdern.*

*Art. 8*

*Die BRD und die DDR werden staendige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet.*

*Die BRD erklart zu Protokoll: "Staatsangehoerigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden".*

*Die DDR erklart zu Protokoll: "Die DDR geht davon aus, dass der Vertrag eine Regelung der Staatsangehoerigkeit erleichtern wird".*

Der Kanzler der erfolgreichen Aussenpolitik war jedoch nicht in der Lage, die innenpolitischen Probleme zu loesen: Arbeitskampaefen bei Tarifverhandlungen brachten die wirtschaftliche Stabilitaet ins Schwanken, die Oelkrise 1973 verursachte eine starke Rezession. "Das Fass zum Ueberlaufen" brachte aber eine Spionage-Affaeere, die einen dem Kanzler sehr nahen Berater betraf. Tatsaechlich war Guenther Guillaume mehr ein Freund Willy Brandts als ein Kanzlerberater. Eben dieser Mann wurde 1974 als Agent der DDR entlarvt, wofuer der sofortige Ruecktritt des Kanzlers gefordert wurde.

Die Nachfolge Willy Brandts trat im Mai 1974 Helmut Schmidt an. Der Mann aus Hamburg hatte seine politische Laufbahn als Vorsitzender des Studentenbundes begonnen, war Mitglied des Bundestages, spaeter Innensenator der Stadt Hamburg geworden, war waehrend der Grossen Koalition Vorsitzender der SPD gewesen, hatte ab 1969 das Amt des Verteidigungsministers und ab 1972 das des Finanz- und Wirtschaftsministers bekleidet. Er war ein Mann der Kultur von sicherem Auftreten, dessen Hamburger Schlagfertigkeit, analytischer Verstand und Kenntnis der finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Zusammenhaenge und Notwendigkeiten ihm bald auch ausserhalb seiner Partei Vertrauen und Sympathien einbrachten.

Der Vietnamkrieg hatte den Dollar in Schwierigkeiten gebracht, was sich auf alle vom Dollar abhaengigen Waehrungen auswirkte. Internationale Verhandlungen brachten die Einfuehrung des Europaeischen Waehrungssystems und eine europaeische Waehrungseinheit. Auf den Maerkten konnte sich erstmals neben Schweizer Franken und Dollar auch die DM behaupten. Eben diese Staerke der DM, die im Vergleich zu anderen Laendern niedrigere Inflationsrate und Arbeitslosigkeit fuehrten dazu, dass Schmidt auch im Ausland grosses Ansehen genoss.

Auf den neuen Bundeskanzler schien die DDR mit einer Verfassungsaenderung zu reagieren: die DDR wurde "fuer immer und unwiderrueflich" als mit der SU verbuendet erklart, der Bezug auf Deutschland und die deutsche Nation gestrichen. Aus allen Bezeichnungen von Institutionen verschwand der Name "Deutschland".

In den folgenden Jahren wurden "unbequeme" Systemkritiker innerhalb der DDR ausgeschaltet: der Liedermacher Wolf Biermann wurde waehrend einer Tournee in der BRD ausgebuergert, der Schriftsteller Reiner Kunze wurde aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, Robert Havemann

unter Hausarrest gestellt. Diese Massnahmen fuehrten zur Flucht vieler Schriftsteller und Kuenstler, waehrend politische Haeflinge in den Westen abgeschoben wurden.

In der BRD gab das Bundesministerium fuer innerdeutsche Beziehungen bekannt, dass diese Abschiebungen von politischen Haeflingen tatsaechlich "Freikauefe" waren : insgesamt waren in dem Zeitraum 1964 bis 1980 20.000 politische Haeflinge und 30.000 normale Buerger freigekauft worden. Diese Praktiken wurden bis 1989 fortgesetzt und betrafen jaehrlich im Durchschnitt 2.500 Faelle.

Die Erfolge in der Aussenpolitik hatten den Kanzler jedoch von den Problemen im Inland abgelenkt: die Bevoelkerung war durch wiederholte Anschlaege von Terroristen verunsichert worden. Anfaengliche Erfolge bei der Bekaempfung der Baader-Meinhof-Gruppe konnten nicht darueber hinwegtaeuschen, dass die Staatssicherheit haertere Massnahmen verlangte, als die Regierung anzuwenden bereit war. Erst nach einer Reihe von Morden und Entfuehrungen griff der Staat entschlossen durch. Doch eben diese Massnahmen zur Terroristen-Bekaempfung, deren sich die Regierung nun bediente, trafen bei der Bevoelkerung auf Bedenken : war es wirklich notwendig, die Daten von Bundesbuergern zu speichern, Telefongespraechen normaler Buerger abzuhoeren, Leibesvisitationen bei den Rechtsanwaelten der RAF- Leute vorzunehmen?

Viele Waehler loesten sich von der SPD, die sich, so geschwaecht, nur noch mit Hilfe der FDP in "ihren" Laendern halten konnte. Nach dem Erfolg des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 geschah es nun, dass viele von der Regierung vorgeschlagenen Gesetze zurueckgewiesen wurden.

Enttaeuschte SPD-Waehler, alternative Gruppen, Feministen und Umweltschuetzer fanden sich in einer neuen Partei zusammen, den "Gruenen".

Im September 1982 kam es zu einer schweren Krise in der Regierung : die Zusammenarbeit von SPD und FDP war "in eine Sackgasse geraten".

Der Oppositionsfuehrer Helmut Kohl nutzte diese Gelegenheit und stellte der Regierung ein konstruktives Misstrauensvotum. Nach der Bildung einer Koalition mit der FDP trat er die Nachfolge des Bundeskanzlers Helmut Schmidt an.

Helmut Kohl, gebuertiger Koelner und seit 1982 ununterbrochen im Amt des Bundeskanzlers, behielt den von der SPD in der Aussenpolitik eingeschlagenen Kurs bei. Aus den vorgezogenen Wahlen im Maerz 83 ging Kohl mit seiner Partei, der CDU, als ueberlegener Sieger hervor: Die SPD hatte einen erheblichen Verlust an Stimmen erlitten. Die "Gruenen" hingegen uebersprangen erstmals die 5%-Klausel und kamen in den Bundestag.

Die Beziehungen der BRD zur DDR wurden fast kommerzieller Natur: Erleichterungen fuer die Bevoelkerung wurden von der DDR, die sich in grossen finanziellen Schwierigkeiten befand, erkauft. So buergte die BRD im Juni 83 fuer einen Kredit an die DDR ueber die nicht unerhebliche Summe von 1 Milliarde DM. Hinter diesem Plan stand der CSU- Vorsitzende Franz Josef Strauss, der dafuer in seiner eigenen Partei stark kritisiert wurde und Parteimitglieder verlor. Diese ehemaligen CSU-Leute gruendeten aus Protest die Partei der "Republikaner", deren Vorsitz spaeter Franz Schoenhuber uebernahm.

Immerhin antwortete die DDR mit der Ankuendigung, dass die Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze abgebaut wuerden. Aber erst nach einem weiteren Kredit von 950 Millionen DM wurden die Anlagen im November 84 tatsaechlich abgebaut. Ploetzlich war die DDR auch bereit, Ausreisegenehmigungen zu erteilen, Minenfelder an der Grenze zu raeumen und die Verhandlungen fuer ein Kulturabkommen mit der BRD aufzunehmen.

Doch leider gab es wieder Rueckschlaege, die die Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten erschwerten. Im Juni 87 fand vor dem Reichstagsgebaeude, auf westlicher Seite natuerlich, ein Rock-Konzert statt, dessen Musik weit ueber die Mauer hallte. Auf der oestlichen Seite hatten sich Jugendliche eingefunden, um dem Konzert zu folgen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Volkspolizei, die die Jugendlichen mit Gewalt auseinandertrieb. Zwei Tage spaeter demonstrierten ca. 3.000 Menschen, die den Abriss der Mauer forderten und nach Gorbatschow verlangten. Die Regierung der DDR schaffte einige Tage darauf die Todesstrafe ab.

Memelgebiet und erkannte die Oder-Neisse-Linie als Landesgrenze zwischen Polen und Deutschland an.

Vorangetrieben wurden ebenfalls die 2 + 4 - Gespräche, mit denen das Ende der Rechte und Verantwortlichkeiten der Alliierten in Deutschland erklärt werden sollte.

Das "Landereinführungsgesetz" löste die bestehenden Bezirke der DDR auf und stellte die ursprünglichen Länder wieder her : Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Vorbereitet wurden ebenfalls die ersten gesamtdeutschen Wahlen, die für den 2.12.90 vorgesehen waren.

Im August desselben Jahres unterschrieben die BRD und die DDR den Einigungsvertrag, auf dessen Basis die Einheit Deutschlands vollzogen werden sollte. Als Hauptstadt wurde Berlin gewählt, Bonn als Regierungssitz beibehalten. Der 3. Oktober, Tag an dem die Vereinigung der beiden deutschen Staaten stattfinden sollte, wurde als Nationalfeiertag gewählt.

Ein feierlicher Staatsakt im Reichstag von Berlin besiegelte das Ende der Deutschen Demokratischen Republik.

Aus den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember gingen Kohl und seine Partei wieder als Sieger hervor.

Die feierlichen Verhandlungen der letzten Monate konnten jedoch niemanden darüber hinwegtäuschen, dass die eigentlichen Probleme erst nach der Wiedervereinigung anfangen würden. Die Opposition kritisierte Kohls falsche Voraussagen, nach denen "sich die Wiedervereinigung selbst finanzieren" sollte, und legte sie als unseriöse Wahlpropaganda aus. Tatsächlich konnte man zu der Zeit kaum ahnen, wie weitgreifend die westliche finanzielle Hilfe sein musste. Die Fähigkeit des Kanzlers, kritische Zeiten "auszusitzen", bewies sich auch hier : er gab zu, nicht über alle finanzpolitischen Aspekte informiert gewesen zu sein oder nicht die volle Wahrheit gesagt zu haben, doch an den von der Opposition geforderten Rücktritt verschwendete er nicht einmal einen Gedanken.

Die Arbeit des Kanzlers erforderte seinen vollen Einsatz. Am 15. März 1991 erlangte Deutschland seine Souveränität. Freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich führten 1992 zu den Maastrichter Verträgen, die die Grundlage der Europäischen Union bilden.

Im August 1994 verließen die russischen Truppen Deutschland, im September zogen die Westalliierten ihre in Deutschland stationierten Truppen ab.

Der neugewählte Bundespräsident Roman Herzog bat bei einem Staatsbesuch in Warschau im Namen des deutschen Volkes um Vergebung für die von den Nazis begangenen Verbrechen.

Die letzten Wahlen Ende 1994 haben Helmut Kohl im Bundeskanzleramt bestätigt, auch wenn diesmal der Sieg ein wenig knapper ausfiel.

Inzwischen gehen die Arbeiten am Wiederaufbau der ehemaligen DDR zügig voran : Industrien wurden durch die Treuhand an Private verkauft und somit modernisiert, die anfängliche hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern nimmt ab , und der Osten wird in absehbarer Zeit das Westniveau erreicht haben.

Berlin bereitet sich darauf vor, Ende der 90er Jahre wieder Hauptstadt und Regierungssitz Deutschlands zu werden.

Die internationale Klimakonferenz, die in diesem Jahr in Berlin stattfand, ist ein Zeichen dafür, dass die BRD nach ihrer Wiedervereinigung einen gleichberechtigten Platz neben den europäischen Partnern einnehmen will , um zusammen dem Frieden der Welt zu dienen.

*Praeambel des Grundgesetzes vom 3. Oktober 1990*

*Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.*

*Die Deutschen in den Laendern Baden-Wuerttemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thueringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz fuer das gesamte Deutsche Volk.*

**BIBLIOGRAPHIE :**

“Kurze Chronik der deutschen Frage”, Gebhard Diemer, Olzog-Verlag, Muenchen 1990

“Deutsche Geschichte”, Erhard Kloess, Kiepenheuer - Verlag 1991

PZ, Nr. 81, Februar 1995

“Grundgesetz und Bundesrepublik Deutschland”, Benz/Moos, Rehm-Verlag 1989



## Materiali di discussione

1. Maria Cristina Marcuzzo [1985] "Joan Violet Robinson (1903-1983)", pp.134.
2. Sergio Lugaresi [1986] "Le imposte nelle teorie del sovrappiù", pp.26.
3. Massimo D'Angelillo e Leonardo Paggi [1986] "PCI e socialdemocrazie europee. Quale riformismo?", pp.158.
4. Gian Paolo Caselli e Gabriele Pastrello [1986] "Un suggerimento hobsoniano su terziario e occupazione: il caso degli Stati Uniti 1960/1983", pp.52.
5. Paolo Bosi e Paolo Silvestri [1986] "La distribuzione per aree disciplinari dei fondi destinati ai Dipartimenti, Istituti e Centri dell'Università di Modena: una proposta di riforma", pp.25.
6. Marco Lippi [1986] "Aggregation and Dynamics in One-Equation Econometric Models", pp.64.
7. Paolo Silvestri [1986] "Le tasse scolastiche e universitarie nella Legge Finanziaria 1986", pp.41.
8. Mario Forni [1986] "Storie familiari e storie di proprietà. Itinerari sociali nell'agricoltura italiana del dopoguerra", pp.165.
9. Sergio Paba [1986] "Gruppi strategici e concentrazione nell'industria europea degli elettrodomestici bianchi", pp.56.
10. Nerio Naldi [1986] "L'efficienza marginale del capitale nel breve periodo", pp.54.
11. Fernando Vianello [1986] "Labour Theory of Value", pp.31.
12. Piero Ganugi [1986] "Risparmio forzato e politica monetaria negli economisti italiani tra le due guerre", pp.40.
13. Maria Cristina Marcuzzo e Annalisa Rosselli [1986] "The Theory of the Gold Standard and Ricardo's Standard Commodity", pp.30.
14. Giovanni Solinas [1986] "Mercati del lavoro locali e carriere di lavoro giovanili", pp.66.
15. Giovanni Bonifati [1986] "Saggio dell'interesse e domanda effettiva. Osservazioni sul capitolo 17 della General Theory", pp.42.
16. Marina Murat [1986] "Between old and new classical macroeconomics: notes on Leijonhufvud's notion of full information equilibrium", pp.20.
17. Sebastiano Brusco e Giovanni Solinas [1986] "Mobilità occupazionale e disoccupazione in Emilia Romagna", pp.48.
18. Mario Forni [1986] "Aggregazione ed esogeneità", pp.13.
19. Sergio Lugaresi [1987] "Redistribuzione del reddito, consumi e occupazione", pp. 17.
20. Fiorenzo Sperotto [1987] "L'immagine neopopulista di *mercato debole* nel primo dibattito sovietico sulla pianificazione", pp. 34.
21. M. Cecilia Guerra [1987] "Benefici tributari del regime misto per i dividendi proposto dalla Commissione Sarcinelli: una nota critica", pp 9.
22. Leonardo Paggi [1987] "Contemporary Europe and Modern America: Theories of Modernity in Comparative Perspective", pp. 38.
23. Fernando Vianello [1987] "A Critique of Professor Goodwin's 'Critique of Sraffa' ", pp. 12.
24. Fernando Vianello [1987] "Effective Demand and the Rate of Profits: Some Thoughts on Marx,

- Kalecki and Sraffa”, pp. 41.
25. Anna Maria Sala [1987] “Banche e territorio. Approccio ad un tema geografico-economico”, pp. 40.
  26. Enzo Mingione e Giovanni Mottura [1987] “Fattori di trasformazione e nuovi profili sociali nell’agricoltura italiana: qualche elemento di discussione”, pp. 36.
  27. Giovanna Procacci [1988] “The State and Social Control in Italy During the First World War”, pp. 18.
  28. Massimo Matteuzzi e Annamaria Simonazzi [1988] “Il debito pubblico”, pp. 62.
  29. Maria Cristina Marcuzzo (a cura di) [1988] “Richard F. Kahn. A disciple of Keynes”, pp. 118.
  30. Paolo Bosi [1988] “MICROMOD. Un modello dell’economia italiana per la didattica della politica fiscale”, pp. 34.
  31. Paolo Bosi [1988] “Indicatori della politica fiscale. Una rassegna e un confronto con l’aiuto di MICROMOD”, pp. 25.
  32. Giovanna Procacci [1988] “Protesta popolare e agitazioni operaie in Italia 1915-1918”, pp. 45.
  33. Margherita Russo [1988] “Distretto industriale e servizi. Uno studio dei trasporti nella produzione e nella vendita delle piastrelle”, pp. 157.
  34. Margherita Russo [1988] “The effects of technical change on skill requirements: an empirical analysis”, pp. 28.
  35. Carlo Grillenzoni [1988] “Identification, estimation of multivariate transfer functions”, pp. 33.
  36. Nerio Naldi [1988] “Keynes’ concept of capital” pp. 40.
  37. Andrea Ginzburg [1988] “Locomotiva Italia?” pp. 30.
  38. Giovanni Mottura [1988] “La ‘persistenza’ secolare. Appunti su agricoltura contadina ed agricoltura familiare nelle società industriali” pp. 40.
  39. Giovanni Mottura [1988] “L’anticamera dell’esodo. I contadini italiani dalla ‘restaurazione contrattuale’ fascista alla riforma fondiaria” pp. 40.
  40. Leonardo Paggi [1988] “Americanismo e riformismo. La socialdemocrazia europea nell’economia mondiale aperta” pp. 120.
  41. Annamaria Simonazzi [1988] “Fenomeni di isteresi nella spiegazione degli alti tassi di interesse reale” pp. 44.
  42. Antonietta Bassetti [1989] “Analisi dell’andamento e della casualità della borsa valori” pp. 12.
  43. Giovanna Procacci [1989] “State coercion and worker solidarity in Italy (1915-1818): the moral and political content of social unrest” pp. 41.
  44. Carlo Alberto Magni [1989] “Reputazione e credibilità di una minaccia in un gioco bargaining” pp. 56.
  45. Giovanni Mottura [1989] “Agricoltura familiare e sistema agroalimentare in Italia” pp. 84.
  46. Mario Forni [1989] “Trend, Cycle and ‘Fortuitous Cancellations’: a Note on a Paper by Nelson and Plosser” pp. 4.
  47. Paolo Bosi, Roberto Golinelli, Anna Stagni [1989] “Le origini del debito pubblico e il costo della stabilizzazione” pp. 26.
  48. Roberto Golinelli [1989] “Note sulla struttura e sull’impiego dei modelli macroeconomici”

pp. 21.

49. Marco Lippi [1989] "A Short Note on Cointegration and Aggregation" pp. 11.
50. Gian Paolo Caselli and Gabriele Pastrello [1989] "The Linkage between Tertiary and Industrial Sector in the Italian Economy: 1951-1988. From an External Dependence to an Internal One" pp. 40
51. Gabriele Pastrello [1989] "François Quesnay: dal Tableau Zig-Zag al Tableau formule: una ricostruzione" pp. 48
52. Paolo Silvestri [1989] "Il bilancio dello stato" pp. 34
53. Tim Mason [1990] "Tre seminari di Storia Sociale Contemporanea" pp. 26
54. Michele Lalla [1990] "The Aggregate Escape Rate Analysed through the Queueing Model" pp. 23
55. Paolo Silvestri [1990] "Sull'autonomia finanziaria delle Università" pp. 11
56. Paola Bertolini, Enrico Giovannetti [1990] "Uno studio di 'filiera' nell'agroindustria. Il caso del Parmigiano Reggiano" pp. 164
57. Paolo Bosi, Roberto Golinelli, Anna Stagni [1990] "Effetti macroeconomici, settoriali e distributivi dell'armonizzazione dell'IVA" pp. 24
58. Michele Lalla [1990] "Modelling Employment Spells from Emilian Labour Force Data" pp. 18
59. Andrea Ginzburg [1990] "Politica nazionale e commercio internazionale" pp. 22
60. Andrea Giommi [1990] "La probabilità individuale di risposta nel trattamento dei dati mancanti" pp. 13
61. Gian Paolo Caselli e Gabriele Pastrello [1990] "The service sector in planned economies. Past experiences and future perspectives" pp. 32
62. Giovanni Solinas [1990] "Competenze, grandi industrie e distretti industriali. Il caso della Magneti Marelli" pp. 23
63. Andrea Ginzburg [1990] "Debito pubblico, teorie monetarie e tradizione civica nell'Inghilterra del Settecento" pp. 30
64. Mario Forni [1990] "Incertezza, informazione e mercati assicurativi: una rassegna" pp. 37
65. Mario Forni [1990] "Misspecification in Dynamic Models" pp. 19
66. Gian Paolo Caselli e Gabriele Pastrello [1990] "Service Sector Growth in CPE's: An Unsolved Dilemma" pp. 28
67. Paola Bertolini [1990] "La situazione agro-alimentare nei paesi ad economia avanzata" pp. 20
68. Paola Bertolini [1990] "Sistema agro-alimentare in Emilia Romagna ed occupazione" pp. 65
69. Enrico Giovannetti [1990] "Efficienza ed innovazione: il modello "Fondi e Flussi" applicato ad una filiera agro-industriale" pp. 38
70. Margherita Russo [1990] "Cambiamento tecnico e distretto industriale: una verifica empirica" pp. 115
71. Margherita Russo [1990] "Distretti industriali in teoria e in pratica: una raccolta di saggi" pp. 119
72. Paolo Silvestri [1990] "Legge Finanziaria. Voce dell'Enciclopedia Europea Garzanti" pp. 8
73. Rita Paltrinieri [1990] "La popolazione italiana: problemi di oggi e di domani" pp. 57
74. Enrico Giovannetti [1990] "Illusioni ottiche negli andamenti delle grandezze distributive: la scala

mobile e l'“appiattimento” delle retribuzioni in una ricerca” pp. 120

75. Enrico Giovannetti [1990] “Crisi e mercato del lavoro in un distretto industriale: il bacino delle ceramiche. Sez. I” pp. 150
76. Enrico Giovannetti [1990] “Crisi e mercato del lavoro in un distretto industriale: il bacino delle ceramiche. Sez. II” pp. 145
77. Antonietta Bassetti e Costanza Torricelli [1990] “Il portafoglio ottimo come soluzione di un gioco bargaining” pp. 15
78. Antonietta Bassetti e Costanza Torricelli [1990] “Una riqualificazione dell’approccio bargaining alla selezioni di portafoglio” pp. 4
79. Mario Forni [1990] “Una nota sull’errore di aggregazione” pp. 6
80. Francesca Bergamini [1991] “Alcune considerazioni sulle soluzioni di un gioco bargaining” pp. 21
81. Michele Grillo e Michele Polo [1991] “Political exchange and the allocation of surplus: a model of two-party competition” pp. 34
82. Gian Paolo Caselli e Gabriele Pastrello [1991] “The 1990 Polish Recession: a Case of Truncated Multiplier Process” pp. 26
83. Gian Paolo Caselli e Gabriele Pastrello [1991] “Polish firms: Pricate Vices Public Virtues” pp. 20
84. Sebastiano Brusco e Sergio Paba [1991] “Connessioni, competenze e capacità concorrenziale nell’industria della Sardegna” pp. 25
85. Claudio Girmaldi, Rony Hamoui, Nicola Rossi [1991] ”Non marketable assets and households’ portfolio choices: a case study of Italy” pp. 38
86. Giulio Righi, Massimo Baldini, Alessandra Brambilla [1991] ”Le misure degli effetti redistributivi delle imposte indirette: confronto tra modelli alternativi” pp. 47
87. Roberto Fanfani, Luca Lanini [1991] ”Innovazione e servizi nello sviluppo della meccanizzazione agricola in Italia” pp. 35
88. Antonella Caiumi e Roberto Golinelli [1992] ”Stima e applicazioni di un sistema di domanda Almost Ideal per l’economia italiana” pp. 34
89. Maria Cristina Marcuzzo [1992] ”La relazione salari-occupazione tra rigidità reali e rigidità nominali” pp. 30
90. Mario Biagioli [1992] ”Employee financial participation in enterprise results in Italy” pp. 50
91. Mario Biagioli [1992] ”Wage structure, relative prices and international competitiveness” pp. 50
92. Paolo Silvestri e Giovanni Solinas [1993] ”Abbandoni, esiti e carriera scolastica. Uno studio sugli studenti iscritti alla Facoltà di Economia e Commercio dell’Università di Modena nell’anno accademico 1990/91” pp. 30
93. Gian Paolo Caselli e Luca Marinelli [1993] ”Italian GNP growth 1890-1992: a unit root or segmented trend representation?” pp. 25
94. Angela Politi [1993] ”La rivoluzione fraintesa. I partigiani emiliani tra liberazione e guerra fredda, 1945-1955” pp. 55
95. Alberto Rinaldi [1993] “Lo sviluppo dell’industria metalmeccanica in provincia di Modena: 1945-1990” pp. 70
96. Paolo Emilio Mistrulli [1993] “Debito pubblico, intermediari finanziari e tassi d’interesse: il caso italiano” pp. 30
97. Barbara Pistoresi [1993] “Modelling disaggregate and aggregate labour demand equations. Coin-

- tegration analysis of a labour demand function for the Main Sectors of the Italian Economy: 1950-1990" pp. 45
98. Giovanni Bonifati [1993] "Progresso tecnico e accumulazione di conoscenza nella teoria neoclassica della crescita endogena. Una analisi critica del modello di Romer" pp. 50
  99. Marcello D'Amato e Barbara Pistoresi [1994] "The Relationship(s) among Wages, Prices, Unemployment and Productivity in Italy" pp. 30
  100. Mario Forni [1994] "Consumption Volatility and Income Persistence in the Permanent Income Model" pp. 30
  101. Barbara Pistoresi [1994] "Using a VECM to characterise the relative importance of permanent and transitory components" pp. 28
  102. Gian Paolo Caselli and Gabriele Pastrello [1994] "Polish recovery from the slump to an old dilemma" pp. 20
  103. Sergio Paba [1994] "Imprese visibili, accesso al mercato e organizzazione della produzione" pp. 20
  104. Giovanni Bonifati [1994] "Progresso tecnico, investimenti e capacità produttiva" pp. 30
  105. Giuseppe Marotta [1995] "Credit view and trade credit: evidence from Italy" pp. 20
  106. Margherita Russo [1995] "Units of investigation for local economic development policies" pp. 25
  107. Luigi Brighi [1995] "Monotonicity and the demand theory of the weak axioms" pp. 20
  108. Mario Forni and Lucrezia Reichlin [1995] "Modeling the impact of technological change across sectors and over time in manufacturing" pp. 25
  109. Marcello D'Amato and Barbara Pistoresi [1995] "Modelling wage growth dynamics in Italy: 1960-1990" pp. 38
  110. Massimo Baldini [1995] "INDIMOD. Un modello di microsimulazione per lo studio delle imposte indirette" pp. 37
  111. Paolo Bosi [1995] "Regionalismo fiscale e autonomia tributaria: l'emersione di un modello di consenso" pp. 38
  112. Massimo Baldini [1995] "Aggregation Factors and Aggregation Bias in Consumer Demand" pp. 39
  113. Costanza Torricelli [1995] "The information in the term structure of interest rates. Can stochastic models help in resolving the puzzle?" pp. 25
  114. Margherita Russo [1995] "Industrial complex, pôle de développement, distretto industriale. Alcune questioni sulle unità di indagine nell'analisi dello sviluppo." pp. 45

